

Niederschrift

über die Sitzung des Rates der Stadt Kalkar am

3. Mai 2018

Auf Einladung der Bürgermeisterin Dr. Schulz sind die nachstehend Genannten um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses versammelt:

Die Bürgermeisterin: Dr. Schulz, Britta Forum Kalkar

Die Ratsmitglieder: Altenburg, Dirk Forum Kalkar  
Boßmann, Ansgar CDU  
Ekers, Kai-Uwe SPD  
Görden, Hans-Wilfried CDU  
Gulan, Boris FDP  
Hell, Hubert Forum Kalkar  
Janßen, Ralf CDU  
Kohl, Kirsten CDU  
Kühnen, Lutz Forum Kalkar  
Kunisch, Willibald GRÜNE  
Lamers, Stefan Forum Kalkar  
Naß, Carsten CDU  
Pageler, Günter FBK  
Peters, Andre CDU  
Peters, Johannes Forum Kalkar  
Reumer, Theodor CDU  
Rottmann, Karl-Heinz CDU  
Schwaya, Walter SPD  
Untervoßbeck, Hermann Forum Kalkar  
van Aken, David Forum Kalkar  
van de Löcht, Marco SPD  
van den Boom, Winfried SPD  
van Laak, Paul Forum Kalkar  
Verhalen, Christel GRÜNE  
Wenten, Jürgen FBK  
Willemsen-Haartz, Irmgard Forum Kalkar  
Wolff, Sven CDU  
Wolters, Wilhelm CDU

Von der Verwaltung: Stadtoberbaurat Sundermann, Frank  
Stadtverwaltungsrat Jaspers, Stefan  
Stadtangestellter Stechling, Andreas  
Stadtangestellter Münzner, Harald

Mit Verspätung  
eingetroffen: RM Wolters (CDU)  
- während Punkt 1. der Tagesordnung -;  
RM Untervoßbeck (Forum)  
- während Punkt 2. der Tagesordnung -;  
RM van Laak (Forum)  
- während Punkt 4. der Tagesordnung -

Entschuldigt fehlen:	Arntz-Klopf, Margarete	Forum Kalkar
	Klein, Dietmar	Forum Kalkar
	Mosler, Birgit	SPD
	Schopen, Heinz	GRÜNE

Die Schriftführerin: Stadtangestellte Wissink, Susanne

Bürgermeisterin Dr. Schulz eröffnet die Sitzung und stellt den form- und fristgerechten Eingang der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.  
Zeit, Ort und Tagesordnung sind am 26.04.2018 gemäß der Hauptsatzung öffentlich bekanntgemacht.

Vor Einstieg in die Tagesordnung beantragt RM Gulan, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt „Sachstandsbericht Feuerwehr Emmericher Eyland“ zu erweitern.

Bürgermeisterin Dr. Schulz lässt über den Antrag abstimmen.

Einstimmig wird beschlossen, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um den Punkt „Sachstandsbericht Feuerwehr Emmericher Eyland“ zu erweitern und als neuen Tagesordnungspunkt 20 zu beraten.

Die Reihenfolge der übrigen Tagesordnungspunkte ändert sich entsprechend.

Der Rat der Stadt berät sodann folgende erweiterte

### **Tagesordnung:**

#### **I. Öffentlicher Teil**

1. Einwohnerfragen
2. Ersatzwahlen für den Gestaltungsbeirat (DS-Nr. 10/508)
3. 5. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Kalkar (DS-Nr. 10/507)
  - Zuständigkeiten bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen
4. Änderung des Stellenplanes für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/502)
5. Erstellung des Beteiligungsberichtes für das Jahr 2015 nach Maßgabe der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) (DS-Nr. 10/499)
  - Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt
6. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 039 - Graben- und Wallzone (DS-Nr. 10/492)
  - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses
7. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 044 - Gewerbegebiet Talstraße (DS-Nr. 10/500)
  - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB
8. 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar-Postweg (DS-Nr. 10/491)
  - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

9. 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar-Postweg (DS-Nr. 10/485)
  - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB
10. 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 018 - Grieth-West (DS-Nr. 10/479)
  - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB
11. 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kalkar - Freizeitpark Wunderland - Erweiterung (DS-Nr. 10/483)
  - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Erneuter Feststellungsbeschluss der 48. Änderung des Flächennutzungsplanes
12. 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kalkar - Kirchstraße - (DS-Nr. 10/480)
  - Beschluss über die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB
13. Reaktivierung der Skulpturen der Künstlerin Kubach-Wilmsen (DS-Nr. 10/511)
14. Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung und Umsetzung eines Blühflächenkonzeptes für Grünflächen in allen Stadtteilen (ohne DS)
  - Antrag der Fraktion Forum Kalkar vom 06.02.2018
15. Mitteilungen
16. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung
17. Einwohnerfragen

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

18. Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtszeit 2019 bis 2023 (DS-Nr. 10/504)
  - Vorstellung der Vorschlagsliste
19. Wahl der Jugendschöffinnen und -schöffen für die Amtszeit 2019 bis 2023 (DS-Nr. 10/505)
  - Vorstellung der Vorschlagsliste
20. Sachstandsbericht Feuerwehr Emmericher Eyland (ohne DS)
21. Berichte aus den städtischen Gremien
22. Mitteilungen
23. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

-----

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1. Einwohnerfragen**

- 1.1 Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, fragt nach, wo die Informationen gemäß § 5 DSchG zum Denkmalbereich „Historischer Stadtkern Kalkar“ zu finden seien.

Bürgermeisterin Dr. Schulz antwortet, dass diese Informationen beim Mitarbeiter des Fachbereiches Planen, Bauen, Umwelt, Herrn Radziszewski, einzusehen seien.

- 1.2 Herr Wilfried van Haag, Jan-Joest-Straße 31, Kalkar, bezieht sich auf seine, in der Ratssitzung am 08.03.2018 gestellten Fragen bezüglich der Kosten für die Ertüchtigung des Schulzentrums, die seiner Meinung nach nicht ausreichend von Seiten der Verwaltung beantwortet wurden, und fragt daher erneut nach den veranschlagten Kostenpositionen für die Ertüchtigung des Schulzentrums und der Finanzentwicklung unter der Berücksichtigung von projektierten Ausgaben für den Schall- und Brandschutz.

Bürgermeisterin Dr. Schulz erwidert, dass seine Fragen ausreichend beantwortet seien.

Nachdem Herr van Haag seine Fragen an die Bürgermeisterin gerichtet hat, berichtet diese dem Gremium über einen Vorfall, der sich am 19.03.2018 im Schulzentrum ereignet hat. Sie verliest dazu folgenden Aktenvermerk:

„Am 19.03.2018 erscheint Herr Wilfried van Haag und teilt mir als Unterzeichner mit, dass er den Lastenaufzug am Schulzentrum aufgrund der Sitzung des Schulausschusses der Stadt Kalkar am 06.03.2018 fotografieren wolle. Auf meine Frage teilt mir Herr van Haag mit, dass er prüfen wolle, ob der Aufzug auch für Personen zugelassen sei.

Die oben genannte Person hat den Aufzug vermessen und die Typenschilder fotografiert. Er hat mir gegenüber den Eindruck vermittelt, dass er im Auftrag einer Firma handele. Erst im Verlauf des Gespräches stellte sich heraus, dass er diese Sachverhalte aufgrund der Schulausschusssitzung abarbeiten wolle.

Da ich sichergehen wollte, dass Herr van Haag den Aufzug im Auftrag des Schulausschusses begutachtet hat, wurde die Direktorin (Frau Janßen) von mir über den Sachverhalt informiert. Erst sie teilte mir mit, dass Herr van Haag kein Beauftragter der Stadt Kalkar sei. Frau Janßen teilte mir weiter mit, dass sie bereits Herrn Stechling per E-Mail über den zu erwartenden Besuch von Herrn van Haag informiert habe. Herr Stechling sollte die Hausmeister über das Vorhaben von Herrn van Haag informieren und die weitere Vorgehensweise festlegen.“

Bürgermeisterin Dr. Schulz rügt Herrn van Haag für sein Verhalten und kündigt Konsequenzen an, falls er sich noch einmal so ungebührlich verhalten sollte.

## 2. Ersatzwahlen für den Gestaltungsbeirat (DS-Nr. 10/508)

Bürgermeisterin Dr. Schulz erläutert kurz die Drucksache und lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt beschließt mit 10 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen:

Gemäß § 50 Abs. 2 GO NRW wird anstelle von RM David van Aken

**RM Boris Gulan**

als ordentliches Mitglied in den Gestaltungsbeirat gewählt.

3. 5. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Kalkar (DS-Nr. 10/507)

- Zuständigkeiten bei Stundungen, Niederschlagungen und Erlassen

Bürgermeisterin Dr. Schulz erläutert die Drucksache und merkt an, dass die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses (HFA) dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt seien.

RM Naß erklärt, dass er von Bürgern aus seinem Wahlkreis angesprochen worden wäre, die ihm berichteten, dass die Bereitschaft der Stadt Kalkar, Anschlussgebühren u. ä. zu stunden gegen Null tendieren würde und er fragt nach, ob dies im Zusammenhang mit der Änderung der Zuständigkeitsordnung stünde.

Bürgermeisterin Dr. Schulz erwidert, dass durch die Änderung der Zuständigkeitsordnung Zuständigkeiten der Verwaltung auf den HFA übertragen werden; ferner führt sie aus, dass man verwaltungsseitig nunmehr den in der 23. Sitzung des HFA gefassten Beschluss umsetze, wonach die im Rahmen der Festsetzung von einmaligen Kanalanschlussbeiträgen gewährten zinslosen Stundungen nicht mehr zu verlängern seien (DS-Nr. 10/372).

Die Bürgermeisterin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.04.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die 5. Änderung der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates der Stadt Kalkar wird in der Fassung der Anlage zur Drucksache beschlossen.

Der Text der Satzung ist *Anlage 1* dieser Niederschrift.

Die Satzung ist nur dem Original beigelegt, da der Text Anlage der Beratungsvorlage war.

4. Änderung des Stellenplanes für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 (DS-Nr. 10/502)

Bürgermeisterin Dr. Schulz erläutert die Drucksache. Sie informiert die Mitglieder des Rates darüber, dass der Haupt- und Finanzausschuss einstimmig dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt sei. Sie erklärt, dass die halbe Stelle des Baumkontrolleurs momentan nicht besetzt sei, aber sehr wohl im Stellenplan vorhanden wäre. Die Baumkontrolle erfolgt zurzeit durch eine externe Firma. Um die ca. 11.500 Bäume im erforderlichen Umfang zu kontrollieren und als Kommune den Pflichten der Verkehrssicherung nachzukommen, habe man sich verwaltungsseitig dazu entschlossen, den Stellenanteil „Baumkontrolle“ von 50 % auf 100 % aufzustocken. Ein Mitarbeiter des städtischen Bau- und Betriebshofes werde momentan entsprechend geschult und werde in Kürze diese Aufgabe übernehmen.

RM Naß merkt an, dass, wenn man die Angelegenheit kaufmännisch betrachten würde, immer die externe Firma den Vorrang bekommen würde, da z. B. im Krankheitsfalle die Firma für Ersatz sorgen müsste.

RM Kühnen erwidert dazu, dass andererseits ein städtischer Mitarbeiter (Baumkontrolleur) kleinere Arbeiten direkt vor Ort erledigen könne und auch die Wege innerhalb des Bauhofes kürzer seien, als wenn es erst über das externe Büro gehen würde.

RM Boßmann merkt an, er habe das Gefühl, dass, obwohl man sich seitens des Rates eine „freiwillige Haushaltssicherung“ auferlegt habe, immer weitere Stellen geschaffen werden würden.

Bürgermeisterin Dr. Schulz erwidert, dass die Baumkontrolle keine Luxusleistung, sondern eine Pflichtaufgabe im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht und daher die Besetzung der Stelle auf jeden Fall von Nöten sei.

Nach kurzer, teilweise kontrovers geführter Diskussion stellt RM Kunisch den Antrag, getrennt über den Beschlussvorschlag a) und b) sowie c) abzustimmen.

Danach lässt die Bürgermeisterin getrennt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.04.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018/2019 wird wie folgt geändert:

- a) Anbringung eines kw-Vermerks für eine Stelle der Entgeltgruppe E 9 b TVöD im Produktbereich 04 „Kultur und Wissenschaft“ (Stelle fällt zum 30.06.2018 weg).
- b) Ausweisung einer Stelle der Besoldungsgruppe A 10 BBesG bei Produktbereich 04 „Kultur und Wissenschaft“.

Der Rat der Stadt beschließt mit 23 : 0 : 6 Stimmen:

- c) Erweiterung eines Stellenanteils von 0,5 der Entgeltgruppe E 6 TVöD bei Produktbereich 01 „Innere Verwaltung“ auf eine ganze Stelle.

5. Erstellung des Beteiligungsberichtes für das Jahr 2015 nach Maßgabe der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) (DS-Nr. 10/499)
  - Kenntnisnahme durch den Rat der Stadt

Aufgrund der Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses vom 26.04.2018 nimmt der Rat der Stadt den Beteiligungsbericht des Jahres 2015 in der Fassung der Anlage zur Drucksache zur Kenntnis.

6. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 039 - Graben- und Wallzone (DS-Nr. 10/492)
  - Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses, RM Naß, erläutert kurz die Drucksache und berichtet über die Diskussion im Ausschuss. Er führt aus, dass sich die Mitglieder des Ausschusses dafür ausgesprochen haben, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht zu folgen, sondern vielmehr einen neuen Beschlussvorschlag formuliert haben. Er schlägt den Mitgliedern des Rates vor, über den geänderten Beschlussvorschlag abzustimmen, der da lautet:

Der Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt einstimmig:

„Die vorgesehenen Baugrenzen werden teilweise zurückgenommen und ausschließlich entlang des Bestandsgebäudes festgesetzt. Die Zulässigkeit von Nebenanlagen sowie Garagen und Carports wird planungsrechtlich ausgeschlossen.

Die Beschlüsse über die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB gefasst.“

Die Bürgermeisterin lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die vorgesehenen Baugrenzen werden teilweise zurückgenommen und ausschließlich entlang des Bestandsgebäudes festgesetzt. Die Zulässigkeit von Nebenanlagen sowie Garagen und Carports wird planungsrechtlich ausgeschlossen.

Die Beschlüsse über die erneute Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB werden jeweils in Verbindung mit § 4a BauGB gefasst.

7. 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 044 - Gewerbegebiet Talstraße (DS-Nr. 10/500)  
• Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13a BauGB

RM Naß erläutert als Vorsitzender des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses kurz die Drucksache und erklärt, dass der Ausschuss dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt sei.

Danach lässt die Bürgermeisterin über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 044 - Gewerbegebiet Talstraße - wird für den in der Anlage zur Drucksache dargestellten Geltungsbereich beschlossen.

Zielstellung ist die Änderung der zulässigen Nutzungsarten im Gewerbegebiet, verbunden mit dem Ausschluss von Beherbergungsbetrieben und der Festsetzung von planungsrechtlichen Vorgaben zur Entwicklung des Plangebietes als funktionalen Ergänzungsstandort des zentralen Versorgungsbereichs in Kalkar für Einzelhandelsbetriebe mit nicht-zentrenrelevanten Kernsortimenten.

Während der Abstimmung ist RM Pageler nicht anwesend.

8. 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar-Postweg (DS-Nr. 10/491)  
• Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange  
• Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

RM Rottmann erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.

RM Naß erläutert kurz die Vorlage und teilt mit, dass die Mitglieder des des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt seien.

Die Bürgermeisterin lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird, wie in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt, Stellung genommen.

Die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar-Postweg - wird entsprechend der Anlagen 2 und 3 zur Drucksache beschlossen.

Zielstellung ist die Erweiterung der überbaubaren Grundstücksflächen zur Errichtung von Wohngebäuden.

9. 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar-Postweg (DS-Nr. 10/485)
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB
  - Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses, RM Naß, erläutert die Drucksache und erklärt, dass die Mitglieder des Ausschusses dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt seien.

Nunmehr lässt die Bürgermeisterin über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 b BauGB wird die Aufstellung der 12. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 014 - Altkalkar Postweg - beschlossen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (2) BauGB und der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB jeweils in Verbindung mit § 13 b BauGB gefasst.

Zielstellung ist die Ausweisung von überbaubaren Grundstücksflächen zur Errichtung und Erweiterung von Wohngebäuden.

10. 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 018 - Grieth-West (DS-Nr. 10/479)
- Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
  - Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses, RM Naß, erläutert kurz die Drucksache und berichtet über die Diskussion im Ausschuss.



Er erklärt, dass die Mitglieder des Ausschusses dem Rat einstimmig empfehlen, dem Beschlussvorschlag zu folgen und merkt an, dass die im Ausschuss gestellte Frage, ob die Kosten für das zu erstellende Gutachten auf die Antragsteller umgelegt werden könnten, verwaltungsseitig im Ausschuss verneint wurde.

RM Kunisch ergänzt die Ausführungen des RM Naß dahingehend, dass die Verwaltung zugesagt habe, zukünftig eine Kostenübernahme durch Antragsteller anzustreben.

RM Gulan führt aus, dass seiner Kenntnis nach im Etat des Regionalrats der Bezirksregierung Düsseldorf noch Mittel vorhanden seien und fragt nach, ob man nicht für den Lärmschutz dort noch Mittel beantragen könne.

Der Leiter des Fachbereiches Planen, Bauen, Umwelt, Herr Sundermann, antwortet, dass sich die Antragssteller seinerzeit an den Baulastträger Straßen NRW gewandt hätten. Straßen NRW habe dann theoretische Berechnungen vorgelegt, die belegen sollten, dass keine unzumutbare Lärmbelastung vorhanden sei. Nichtsdestotrotz wollen die betroffenen Anlieger aus eigenen Mitteln eine Lärmschutzwand auf ihren eigenen Grundstücken errichten und dafür musste man verwaltungsseitig planungsrechtliche Grundlagen schaffen. Ein Aspekt dafür sei das artenschutzrechtliche Gutachten gewesen, was von Seiten der Verwaltung in Auftrag gegeben wurde.

Die Bürgermeisterin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird, wie in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt, Stellung genommen.

Die 33. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 018 - Grieth-West - wird entsprechend der Anlagen 2 und 3 zur Drucksache beschlossen.

Zielstellung ist das Ermöglichen der Errichtung von Schallschutzanlagen und die Steuerung von baulichen Anlagen entlang der Landesstraße L 8/Rheinuferstraße in Kalkar-Grieth.

11. 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kalkar - Freizeitpark Wunderland - Erweiterung (DS-Nr. 10/483)

- Beschluss über die vorgebrachten Anregungen im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
- Erneuter Feststellungsbeschluss der 48. Änderung des Flächennutzungsplanes

RM Rottmann erklärt sich für befangen und nimmt an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teil.

RM Naß als Vorsitzender des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses erläutert kurz die Vorlage und teilt mit, dass die Mitglieder des Ausschusses dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt seien.

Die Bürgermeisterin lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird - wie in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt - Stellung genommen.

Die 48. Änderung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Kalkar wird - wie in den Anlagen 2 und 3 dargelegt - festgestellt.

Ziel der Planung ist die Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung (hierbei insbesondere der Belange der Freizeit und Erholung), der Belange der Wirtschaft sowie der Erhaltung, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen im Stadtgebiet von Kalkar durch die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Erweiterung des Freizeitparks Wunderland.

12. 60. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Kalkar - Kirchstraße - (DS-Nr. 10/480)

- Beschluss über die Anregungen aus der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB
- Beschluss über die Durchführung der Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Der Vorsitzende des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses, RM Naß, erläutert die Drucksache und erklärt, dass die Mitglieder des Ausschusses dem Beschlussvorschlag einstimmig gefolgt seien.

Nunmehr lässt die Bürgermeisterin über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Zu den Anregungen wird - wie in der Anlage 1 zur Drucksache dargestellt - Stellung genommen.

Gleichzeitig werden die Beschlüsse über die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB gefasst.

Ziel der 60. Änderung des Flächennutzungsplanes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Ausweisung eines Wohngebietes innerhalb des Flurstücks 11, Flur 28, Gemarkung Altkalkar.

13. Reaktivierung der Skulpturen der Künstlerin Kubach-Wilmsen (DS-Nr. 10/511)

Der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Tourismus, RM Hell, erläutert kurz die Vorlage.

Die Bürgermeisterin lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt stimmt der in der Drucksache beschriebenen Umsetzung einstimmig zu.

14. Bildung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung und Umsetzung eines Blühflächenkonzeptes für Grünflächen in allen Stadtteilen (ohne DS)

- Antrag der Fraktion Forum Kalkar vom 06.02.2018

RM Naß berichtet als Vorsitzender des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses von der regen Diskussion in der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses. Er erklärt, dass seitens der Ausschussmitglieder Einigkeit über die Ausdehnung von Grünflächen und Blühwiesen bestand, um den Insekten neuen Lebensraum zu bieten. Allerdings waren sich die Mitglieder uneinig über die Sinnhaftigkeit der geforderten Arbeitsgruppe. Letztendlich sei der Ausschuss zu folgendem Entschluss gekommen: Der im Antrag formulierte Beschlussvorschlag wurde bei 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. Vielmehr wurde durch den Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig bei zwei Enthaltungen ein neuer Beschlussvorschlag erarbeitet, der da heißt:

„Die Verwaltung und der städtische Bau- und Betriebshof werden beauftragt, geeignete Außenflächen für die Umsetzung eines Blühflächenkonzeptes zu ermitteln, Umsetzungsstrategien aufzuzeigen und den Fachausschuss darüber zu unterrichten; verbunden mit der Zielsetzung, dass spätestens bis zum Frühjahr 2019 die Maßnahmen umgesetzt werden.“

Auch Bürgermeisterin Dr. Schulz nimmt kurz Stellung zu dem Themenkomplex und erklärt, dass in der Bevölkerung ein Umdenken stattgefunden habe und man wieder weg von zubetonierten Vorgärten und hin zu mehr Grün wolle. Sie teilt mit, dass bei der Verwaltung auch gerade ein Bürgerantrag „die bienenfreundliche Kommune“ eingegangen sei.

RM Reumer merkt an, dass momentan ja umfangreiche Deichsanierungen stattfänden und dort viele Flächen neu eingesät werden müssten. Er regt an, die Verwaltung solle sich dafür einsetzen, dass dort Wildblumenwiesen entstünden.

RM Altenburg verteidigt den Antrag der Ratsfraktion Forum Kalkar und merkt an, dass Arbeitsgruppen in der Vergangenheit sehr wohl gute Vorarbeiten geleistet hätten, um Ergebnisse und Vorschläge später einem größeren Gremium zu präsentieren. Er sieht den Arbeitskreis als zuarbeitende Gruppe. Mit dem abgeänderten Beschlussvorschlag würde die Arbeit letztendlich wieder bei der Verwaltung landen.

Bürgermeisterin Dr. Schulz erwidert, dass die gewünschte Arbeitsgruppe nur unter Beteiligung der Verwaltung zielführend arbeiten könne.

RM Naß ergänzt, dass man nicht noch mehr Unterarbeitskreise und Unterausschüsse bilden sollte; dies sei nicht zielführend.

Die Bürgermeisterin lässt nunmehr über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Aufgrund der Empfehlung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses vom 02.05.2018 beschließt der Rat der Stadt einstimmig:

Die Verwaltung und der städtische Bau- und Betriebshof werden beauftragt, geeignete Außenflächen für die Umsetzung eines Blühflächenkonzeptes zu ermitteln, Umsetzungsstrategien aufzuzeigen und den Fachausschuss darüber zu unterrichten; verbunden mit der Zielsetzung, dass spätestens bis zum Frühjahr 2019 die Maßnahmen umgesetzt werden.

15. Mitteilungen

Bürgermeisterin Dr. Schulz teilt mit, dass nunmehr alle Genehmigungen für den Bürgerbus Kalkar von der Bezirksregierung Düsseldorf vorlägen und der Betrieb endlich aufgenommen werden könne.

16. Fragen gemäß § 17 der Geschäftsordnung

16.1 RM Kunisch merkt an, dass immer öfter Fragen von Einwohnern in den Sitzungen zwar gestellt, aber nicht beantwortet werden würden. Er fragt nach, ob die Antworten den Protokollen beigelegt werden könnten.

Bürgermeisterin Dr. Schulz antwortet, dass der Verwaltung ein entsprechender Antrag vorläge, dazu allerdings erst eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates herbeigeführt werden müsse.

16.2 RM Pageler fragt nach, ob der Ehrenamtstag 2018 vorgesehen sei und wenn ja, ob bereits ein konkreter Termin feststünde und ob dieser auch im Schul-, Jugend- und Sportausschuss diskutiert würde.

Bürgermeisterin Dr. Schulz erklärt, dass noch kein Termin feststünde, aber dieser Ehrenamtstag auf jeden Fall im Vorfeld im Ausschuss diskutiert werden würde.

16.3 RM Pageler fragt nach, ob ein Sitzungstermin für die Straßen- und Wegekommission geplant sei.

Der Leiter des Fachbereiches Planen, Bauen, Umwelt, Herr Sundermann, erklärt, dass der Termin am Nachmittag des 14.06.2018 stattfinden werde und dies gestern in der Sitzung des Bau-, Planungs-, Verkehrs- und Umweltausschusses mitgeteilt wurde.

16.4 RM Pageler fragt nach, wann das Spielplatzkonzept den Mitgliedern des Rates vorgestellt würde.

Bürgermeisterin Dr. Schulz beantwortet die Frage und teilt mit, dass das Konzept fast fertiggestellt sei; sie hätte bereits einen Entwurf gesehen und - sobald die Endfassung vorläge - diese dem Rat in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt würde.

16.5 RM van de Löcht fragt nach, wem er mitteilen müsse, dass er in der Arbeitsgruppe „Seniorenbeirat“ nicht mehr mitarbeiten könne, er aber schon einen Nachfolger habe.

RM Pageler ist der entsprechende Ansprechpartner und hat dies somit zur Kenntnis genommen.

16.6 RM Hell fragt nach, ob der beauftragten Firma der Baumaßnahmen „Deichsanierung“ die Genehmigung vorläge, mit schweren Walzen und Maschinen die Straßen zu befahren. Als Beispiel nannte er die Befahrung der Schloßstraße.

Der Leiter des Fachbereiches Planen, Bauen, Umwelt, Herr Sundermann, antwortet, dass vor Beginn der Baumaßnahmen eine Bestandsaufnahme der entsprechenden Straßen gemacht worden sei. Sollte es zu Zerstörungen der Fahrbahnen kommen, werden die Kosten für die Reparatur und Ausbesserung der entstandenen Schäden dem Deichverband in Rechnung gestellt.

Im Übrigen sei die Nutzung der Gemeindestraßen in Grieth zur Abwicklung von Baustellenverkehr für die Deichsanierung seitens der Planfeststellungsbehörde genehmigt worden.

- 16.7 RM Altenburg fragt nach, wann es zu einer Ausschilderung für die Wisseler Dünen komme.

Der Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeit, Kultur und Tourismus, Herr Münzner, erklärt, dass seiner Kenntnis nach diese Schilder vorhanden seien.

Dies wird von RM Altenburg verneint.

Herr Münzner sagt zu, dass die Hinweisschilder kurzfristig angebracht würden.

- 16.8 RM Kühnen erklärt, dass die Sicherheitsbarken auf dem Alleenradweg oft rechts und links umfahren würden, um das umständliche „Durchfädeln“ zu vermeiden. Dies würde dazu führen, dass die Radfahrer oftmals mit erhöhter Geschwindigkeit auf die Bundesstraße fahren würden. Er fragt nach, ob man im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht die Umfahrung der Barken durch Hindernisse vermeiden könne.

Bürgermeisterin Dr. Schulz sagt zu, dass dies verwaltungsseitig geprüft werde.

- 16.9 RM Kühnen äußert sich sehr glücklich darüber, dass die Pflanzkübel in der Altkalkarer Straße verschwunden seien. Er fragt nach, ob dies so bleibe, oder ob die Kübel restauriert und neu bepflanzt wieder aufgestellt würden.

Bürgermeisterin Dr. Schulz sagt, dass letztendlich noch keine Entscheidung diesbezüglich getroffen wurde.

RM Gulan merkt an, dass, seitdem die Pflanzkübel entfernt wurden, widerrechtlich auch auf Sperrflächen geparkt und somit Einfahrten blockiert würden.

- 16.10 RM Gulan führt aus, dass momentan wieder vermehrt schwere landwirtschaftliche Fahrzeuge und LKWs die Straße „Im Schwanenhorst“ als Abkürzung nutzen würden. Die dadurch entstehenden Straßenschäden würden letztendlich den Anliegern in Rechnung gestellt werden und er bittet die Verwaltung, etwas gegen die Durchfahrten zu unternehmen.

Der Leiter des Fachbereiches Bürgerdienste, Herr Stechling, erklärt, dass die Verwaltung lediglich die Möglichkeit hätte, eine Durchfahrtsbeschränkung in Abstimmung mit dem Straßenverkehrsamt anzuordnen. Allerdings müsse diese auch kontrolliert werden; die Kontrolle des fließenden Verkehrs obliegt aber der Polizei. Er führt weiterhin aus, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass ein Verbotsschild oftmals nicht beachtet werden würde. Herr Stechling sagt aber die Prüfung zu.

- 16.11 RM Wenten fragt nach, ob es richtig sei, dass das Niederrhein-Rad in Kalkar nicht mehr verliehen bzw. angenommen werden würde.

Der Leiter der Stabsstelle Öffentlichkeit, Kultur und Tourismus, Herr Münzner, bejaht diese Anfrage und führt aus, dass die Verleihstation nunmehr beim Wisseler See beheimatet sei.

17. Einwohnerfragen

Von Seiten der Einwohner werden keine Fragen gestellt.

Ende der Sitzung: 20:15 Uhr

Die Bürgermeisterin:

Dr. Schulz

Die Schriftführerin:

Wissink